FAKTEN · DATEN · HINTERGRÜNDE · FAKTEN · DATEN

UZ-Serie: Die Spaltung Deutschlands und die Entstehung zweier deutscher Staaten

Teil I: Die Deutschlandpolitik der Besatzungsmächte – von der Kooperation zur Konfrontation – und ihre Auswirkungen auf Deutschland

Eine historische Chance, die nur auf dem Boden der heutigen DDR genutzt wurde

Die Beendigung des zweiten Weltkrieges durch den Sieg der Antihitlerkoalition über den deutschen Faschismus bot dem deutschen Volk die einmalige Chance einer friedlichen antifaschistisch-demokratischen Nachkriegsentwicklung in ganz Deutschland. Dafür steckten die Siegermächte mit den Beschlüssen von Jalta (Februar 1945) und Potsdam (August 1945) verbindliche Richtlinien ab. Mit der Auflage, Deutschland zu entmilitarisieren, zu entnazifizieren und zu demokratisieren, waren die wichtigsten Aufgaben für das deutsche Volk gestellt. Gleichzeitig war auch eindeutig festgelegt worden, daß „die Zerschlagung der übermäßigen Konzentration der Wirtschaft, die sich besonders in Form von Kartellen, Syndikaten, Trust und anderen Monopolvereinigungen äußerte",[1] eine wichtige Voraussetzung für die endgültige Befreiung von Faschismus und Krieg darstellt.

Für die Realisierung dieser Festlegungen zur Schaffung einer friedlichen Nachkriegsordnung trugen die Siegermächte gemeinsame Verantwortung, die sie mit der Besetzung Deutschlands und Ausübung der obersten Regierungsgewalt kontrollieren und unterstützen wollten. Gleichzeitig war in Potsdam dem deutschen Volk die Erringung des Selbstbestimmungsrechts unter der Bedingung in Aussicht gestellt worden, „sich darauf vorzubereiten, sein Leben auf einer demokratischen und friedlichen Grundlage von neuem wiederaufzubauen. Wenn die eigenen Anstrengungen des deutschen Volkes unablässig auf die Erreichung dieses Zieles gerichtet sein werden, wird es ihm möglich sein, zu gegebener Zeit seinen Platz unter den freien und friedlichen Völkern der Welt einzunehmen."[2] Potsdam war somit eine Hoffnung für das deutsche Volk und alle friedliebenden Völker der Welt auf die Errichtung einer dauerhaften Friedensordnung.

Auch für die Erhaltung der nationalen Einheit waren gewisse Garantien gegeben. Von Plänen der Zerstückelung oder Spaltung des Landes, die noch im Vorfeld der Potsdamer Konferenz von westlichen Politikern in die Diskussion gebracht worden waren, war nun keine Rede mehr. Deutschland war zwar in vier Besatzungszonen aufgeteilt und stand unter Viermächte-Verwaltung, doch im Rahmen des Alliierten Kontrollrates sollten Deutschland als Ganzes betreffende Fragen gemeinsam behandelt und koordiniert werden. Und auch die Behandlung Deutschlands als wirtschaftliche Einheit war in den Beschlüssen von Potsdam festgeschrieben. Im Jahre 1945 zeichneten sich hoffnungsvolle Ansätze für eine koordinierte Besatzungspolitik ab.[3] Es schien also zunächst, als würden auch die westlichen Mächte in der „deutschen Frage" der Potsdamer Programmatik folgen. Doch zugleich kündigten sich bereits unterschiedliche Interessen und Ziele der Besatzungspolitik an, die aber im Jahre 1945 noch in den Hintergrund gedrängt werden konnten. Für das weitere Schicksal Deutschlands nach Potsdam waren zwei Fragenkomplexe entscheidend.

1. Wie würden sich zukünftig die Beziehungen der Siegermächte, besonders der UdSSR und der USA, entwickeln? Wird es gelingen, die Antihitlerkoalition auch über das Kriegsende hinaus zu retten?
2. Kann das deutsche Volk die ihm völkerrechtlich übertragene Verantwortung zur antifaschistisch-demokratischen Nachkriegsentwicklung wahrnehmen?

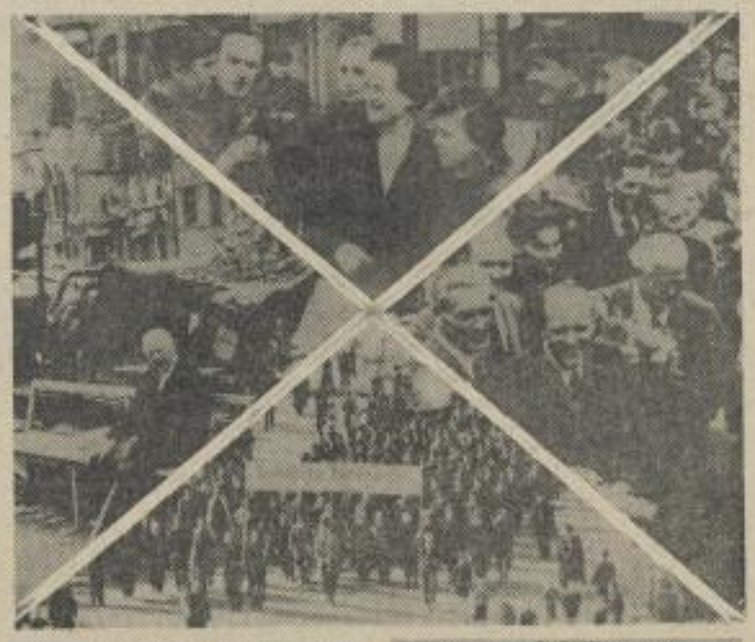
Churchills Rede von Fulton und die Folgen

Beide Fragen waren voneinander abhängig. Anfangs verlief auch die Formierung der antifaschistischen Kräfte unter Führung der KPD/SPD günstiger als die Einstellung der auf Restauration orientierten Deutschen auf die neue Situation der Niederlage des deutschen Imperialismus. Der Schock des 8. Mai 1945 mußte erst von diesen einmal verarbeitet werden, dabei hofften sie auf die Unterstützung der westlichen Besatzungsmächte. Und das nicht vergeblich! Schon bald deuteten sich Veränderungen im internationalen Kräfteverhältnis an, die besonders gefährlich für die gemeinsame Deutschlandpolitik der Siegermächte werden sollten.

Die US-Administration, seit dem Tode von Roosevelt im April 1945 von Truman als neuer Präsident geführt, ging Zug um Zug zu einer Politik der Konfrontation gegenüber der UdSSR über. Ein erstes Alarmzeichen dieser Politik der Stärke war bereits der Abwurf amerikanischer Atombomben auf japanische Städte im August des Jahres 1945. Vier Tage nach Ende der Potsdamer Konferenz befahl Truman den Einsatz dieser neuen Massenvernichtungsmittel und hoffte, da nur die USA im Besitz dieser Waffen waren, auf Wirkungen bei den Sowjets. Unschuldige Menschen wurden in einer Phase, als der Krieg auch auf diesem Kontinent fast zu Ende war, geopfert, um den Machtanspruch der USA zur Beherrschung der Welt deutlich zu machen.

Doch zu diesem Zeitpunkt war sicherlich die antisowjetische Stoßrichtung einer solchen Politik schwer zu durchschauen, zumal Truman in Potsdam die UdSSR zum Eintritt in den Krieg gegen den japanischen Faschismus gewonnen hatte. Bereits eine deutlichere Sprache gebrauchte Churchill. Anfang März 1946 hielt er in Anwesenheit von Truman eine Rede in Fulton, in der er die neue Strategie des Imperialismus gegenüber dem bisherigen Verbündeten – der UdSSR – entwickelte. Churchill sprach über Krieg, nicht über den erst beendeten, sondern über einen zukünftigen. Klagend ließ er sich über die Niederlagen aus, die der Monopolbourgeoisie mit den Ergebnissen des zweiten Weltkrieges widerfahren waren, und er schlußfolgerte, die internationale Lage analysierend, „... eins steht fest, daß ist sicher nicht das befreite Europa, für dessen Aufbau wir gekämpft haben ... Wir können es uns nicht leisten, mit einer knappen Überlegenheit an Macht zufrieden zu sein."[4]

Und er rief zur „brüderlichen Vereinigung der englischsprachigen Völker" auf. Vokabeln wie „eiserner Vorhang", die „Hand Moskaus" und „fünfte Kolonne als wachsende Bedrohung und Gefahr für die christliche Zivilisation" wurden gebraucht, um die antisowjetische Blockbildung zu rechtfertigen. Jetzt war die Sowjetunion erstmals öffentlich zum Feind erklärt worden. Die Argumentation mit dem „Gespenst Kommunismus" zeigte bald Wirkung. Sechs Monate nach der Fulton-Rede ermittelte eine Umfrage in den USA: Für eine Fortsetzung der Allianz mit Rußland sind von bisher 55 Prozent jetzt nur noch 38 Prozent der USA-Bevölkerung.[5]



BEFEHL Nr. 2

Aufruf

Der historische Befehl Nr. 2 der SMAD vom 10. Juni 1945.

Aufruf der Kommunistischen Partei Deutschlands vom 11. 6. 45

SED warnte vor möglicher Spaltung

Doch wie sah zu diesem Zeitpunkt die Situation in Deutschland aus? In der SBZ wurde die historische Chance einer grundlegenden Wende auf der Basis des Potsdamer Abkommens wahrgenommen. Bereits im Sommer 1945 begann, nach dem historischen Befehl Nr. 2 der SMAD zur Zulassung antifaschistisch-demokratischer Parteien und Organisationen vom 10. Juni die antifaschistisch-demokratische Umwälzung. Neue Machtorgane entstanden als Zusammenschluß von antifaschistisch-demokratischen Kräften aus allen Schichten des Volkes, die Vorbereitung und Durchführung der Enteignung der Nazi- und Kriegsverbrecher in Landwirtschaft und Industrie nahm konkrete Gestalt an, die Säuberung der Schulen und Hochschulen, der Justiz und Verwaltungen ging mit Erfolg voran.

An der Spitze dieser Reformen standen Kommunisten und Sozialdemokraten, ihnen zur Seite Antifaschisten aus allen Klassen und Schichten, auch aus dem bürgerlichen Lager. Sie hatten sich in wesentlichen Fragen der Zeit auf den Boden des Aufrufs der KPD vom 11. Juni gestellt. Das strahlte auf die Westzonen aus. Auch hier formierten sich Aktionsausschüsse zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten auf regionaler Ebene, standen Forderungen nach Enteignung der Nazi- und Kriegsverbrecher auf der Tagesordnung der ersten Nachkriegsmonate. Bereits in dieser Situation wurde die Bedeutung der Einheit der Arbeiterklasse für die konsequente Durchsetzung des Potsdamer Abkommens deutlich. Denn eine einheitlich handelnde Arbeiterklasse in Deutschland wäre ein Faktor gewesen, den auch die Westmächte nicht ohne weiteres ignorieren konnten. Doch da diese Einheit der Arbeiterklasse letztendlich nur in der SBZ zustande kam, war der Vormarsch der in- und ausländischen Reaktion in Deutschland erleichtert. Die SED war nicht an einer Separierung der SBZ gelegen, sondern sie stellte sich an die Spitze jener Kräfte, die für ein einheitliches antifaschistisches Deutschland ihre Stimme erhoben. Bereits auf dem Vereinigungsparteitag im April 1946 warnte die vereinte Arbeiterpartei vor einer möglichen Spaltung und sprach sich für eine antifaschistisch-demokratische Republik und für die Bildung einer Zentralregierung durch alle antifaschistisch-demokratischen Parteien und Organisationen der vier Besatzungszonen aus.

Deutliche Ost-West-Polarisierung

Der Kampf gegen die Spaltung Deutschlands und für einen antifaschistischen Einheitsstaat wurde zu einer Kernfrage der internationalen Klassenauseinandersetzungen. Innerhalb eines Jahres nach Kriegsende hatten sich die Bedingungen für die Realisierung des Potsdamer Abkommens bereits deutlich verändert. Bereits sichtbar wurde das veränderte Kräfteverhältnis ab Herbst 1946. Das wird deutlich am unterschiedlichen Ausgang der ersten Nachkriegswahlen in den einzelnen Besatzungszonen, die vom Sommer 1946 bis Frühjahr 1947 durchgeführt wurden. Während in der SBZ die SED die wählerstärkste Partei wurde und sich die Zusammenarbeit aller antifaschistisch-demokratischen Parteien bewährt hatte, trugen in den Westzonen jene politischen Kräfte den Sieg davon, die ihre Politik auf Separierung der Westzonen nach dem Motto Adenauers „Lieber das halbe Deutschland ganz, als das ganze Deutschland halb" ausgerichtet hatten.[6]

Trotz dieser bereits deutlichen Ost-West-Polarisierung waren auch in den Westzonen die Forderungen nach Durchsetzung der Potsdamer Beschlüsse, besonders nach Enteignung der Nazi- und Kriegsverbrecher in der Industrie, noch nicht verstummt. Ein deutliches Votum für die Bestrafung und Enteignung der Kriegsschuldigen in Stahl und Kohle gaben die hessischen Wähler im Dezember 1946 ab. 71,5 Prozent von ihnen stimmten für die Enteignung. Doch im Unterschied zur SBZ, wo das Volksvotum vom 30. Juni 1946 in Sachsen zur Enteignung der Nazi- und Kriegsverbrecher in der Industrie führte, wurde der Wille der Mehrheit der Wähler Hessens mißachtet. Hier verhinderte der Widerstand konservativer Kräfte in den westlichen Militärregierungen, der Vertreter des deutschen Kapitals, erleichtert durch eine reformistische SPD-Politik, grundlegende Veränderungen der Eigentumsverhältnisse und gesellschaftlicher Strukturen. Damit wurden die Gefahren der Spaltung Deutschlands, letztendlich verursacht durch ein Abrücken von der Potsdamer Programmatik, immer sichtbarer. Und das führte dann schließlich zu ersten Schritten der Westzonen-Separierung.

Der Westen ignorierte das Angebot

Am 6. September 1946 hatte der US-Außenminister Byrnes in einer Rede vor den Ministerpräsidenten der amerikanischen Zone erstmals den Gedanken der Zusammenlegung der amerikanischen und der britischen Zone zur Bizone ausgesprochen. Mit der Errichtung dieser Bizone ab Januar 1947 und der Installierung einer Bizonen-Verwaltung war faktisch die einheitliche deutsche Wirtschaft lahmgelegt und die Viermächte-Verwaltung durchbrochen. Damit war die westliche Alternative zum Potsdamer Abkommen präsentiert. Die West-Separierung verfolgte schließlich das Ziel, die Restauration des Kapitalismus in Deutschland zu ermöglichen. Jene Bizonen-Verwaltung bestand auf der Ebene der höheren und gehobenen Beamten zu rund 90 Prozent aus Angestellten, die solche Arbeit bereits vor dem Mai 1945 geleistet hatten.

In dieser Situation, wo die Gefahr für die Einheit Deutschlands deutlich wurde, unternahm die SED den Versuch, das deutsche Volk für die nationale Einheit zu mobilisieren.

Sie bietet im November 1948 allen antifaschistischen Parteien und Organisationen einen Verfassungsentwurf „Verfassung für die Deutsche Demokratische Republik" zur Diskussion an. Der Entwurf geht davon aus, daß „Deutschland eine unteilbare Republik" sein sollte und getragen wird durch die „Sicherung der Volkssouveränität". Doch die westlichen Gesprächspartner ignorierten dieses Angebot. Ein ähnliches Schicksal widerfährt dem Vorschlag des Parteivorstandes der SED von März 1947 nach Durchführung eines Volksentscheids über die Einheit Deutschlands. Eine solche Haltung war Verrat an den Interessen der Mehrheit des deutschen Volkes nach einem friedliebenden antifaschistischen Staat, war ein weiterer Schritt auf dem Wege der Preisgabe der nationalen Einheit Deutschlands zugunsten der Westseparierung und der angestrebten Restaurierung des Kapitalismus. Sie erleichterte zumindest das Abrücken der Westmächte von einer gemeinsamen Deutschlandpolitik auf der Grundlage von Potsdam. Andererseits schuf eben jener Übergang der Westmächte von der Kooperation zur Konfrontation gegenüber der UdSSR günstige Bedingungen, um die antifaschistisch-demokratische Umwälzung in ganz Deutschland zu verhindern.

Dr. HEIDI ROTH,
Sektion Geschichte

Anmerkungen

1) vgl. Mitteilung über die Berliner Konferenz der Drei Mächte, in: Dokumentensammlung, Teheran, Jalta, Potsdam; Moskau 1978, S. 412 ff.

2) Ebenda, S. 416

3. vgl. „Junge Welt" vom 17. 2. 89, Dokumentation „Wer spaltete Deutschland?", 1. Folge

4. Szczesny, H., Schlachten des Kalten Krieges, in: nl konkret 80, S. 47

5) vgl. ebenda, S. 48

6) vgl. „Junge Welt", Dokumentation ..., 10. Folge, 10. 3. 1989

In Dokumenten gelesen ● In Dokumenten gelesen ● In Dokumenten gelesen ● In Dokumenten gelesen ● In Dokumenten gelesen ● In Doku

Aus dem Befehl Nr. 2 der SMAD

„Vom Augenblick der Besetzung Berlins durch die Sowjettruppen an wurden auf dem Gebiet der sowjetischen Besatzungszone in Deutschland feste Ordnung hergestellt, die städtischen Organe der Selbstverwaltung organisiert und notwendige Bedingungen für die freie gesellschaftliche und politische Tätigkeit der deutschen Bevölkerung geschaffen.

Zu Vorstehendem befehle ich:

1. Auf dem Territorium der sowjetischen Besatzungszone in Deutschland ist die Bildung und Tätigkeit aller antifaschistischen Parteien zu erlauben, die sich die endgültige Ausrottung der Überreste des Faschismus und die Festigung der Grundlage der Demokratie und der bürgerlichen Freiheiten in Deutschland und die Entwicklung der Initiative und Selbstbetätigung der breiten Massen der Bevölkerung in dieser Richtung zum Ziel setzen.

2. Der werktätigen Bevölkerung der sowjetischen Besatzungszone in Deutschland ist das Recht zur Vereinigung in freien Gewerkschaften und Organisationen zum Zweck der Wahrung der Interessen und Rechte der Werktätigen zu gewähren."

Aus dem Aufruf der KPD vom 11. Juli 1945

„... Mit der Vernichtung des Hitlerfaschismus gilt es gleichzeitig, die Sache der Demokratisierung Deutschlands, die Sache der bürgerlich-demokratischen Umbildung, die 1848 begonnen wurde, zu Ende zu führen, die feudalen Überreste völlig zu beseitigen und den reaktionären altpreußischen Militarismus mit allen seinen ökonomischen und politischen Ablegern zu vernichten.

Wir sind der Auffassung, daß der Weg, Deutschland das Sowjetsystem aufzuzwingen, falsch wäre, denn dieser Weg entspricht nicht den gegenwärtigen Entwicklungsbedingungen in Deutschland. Wir sind vielmehr der Auffassung, daß die entscheidenden Interessen des deutschen Volkes in der gegenwärtigen Lage für Deutschland einen anderen Weg vorschreiben, und zwar den Weg der Aufrichtung eines antifaschistischen, demokratischen Regimes, einer parlamentarisch-demokratischen Republik mit allen demokratischen Rechten und Freiheiten für das Volk.

An der gegenwärtigen historischen Wende rufen wir Kommunisten alle Werktätigen, alle demokratischen und fortschrittlichen Kräfte des Volkes zu diesem großen Kampf für die demokratische Erneuerung Deutschlands, für die Wiedergeburt unseres Landes auf! ..."

Aus dem Aufruf der SPD vom 15. Juni 1945

„Wir begrüßen... auf das wärmste den Aufruf des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Deutschlands vom 11. Juni 1945, der zutreffend davon ausgeht, daß der Weg für den Neubau Deutschlands von den gegenwärtigen Entwicklungsbedingungen Deutschlands abhängig ist und daß die entscheidenden Interessen des deutschen Volkes in der gegenwärtigen Lage die Aufrichtung eines antifaschistisch-demokratischen Regimes und einer parlamentarisch-demokratischen Republik mit allen Rechten und Freiheiten für das Volk erfordern ..."

Aus dem Offenen Brief des Parteivorstandes der SED an alle Sozialdemokraten und Kommunisten Deutschlands vom 7. Mai 1946

„Die vor uns liegenden Aufgaben ertragen keine unfruchtbaren Auseinandersetzungen mehr. Wir müssen vorwärts zu einer gemeinsamen Politik und Arbeit, den Blick auf die Schicksalsfragen unseres Volkes gerichtet ... Die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands ist zur vorbehaltlosen Zusammenarbeit mit allen Kommunisten und Sozialdemokraten bereit und tritt für die Schaffung der antifaschistisch-demokratischen Einheitsfront überall in Deutschland ein."

Und von westlicher Seite hörte man folgende Töne:

Bereits im Oktober 1945 brachte Adenauer seine politischen Ansichten im Gespräch mit einem britischen Journalisten auf folgendes Nenner:

Die sowjetische Besatzungszone „sei für eine nicht zu schätzende Zeit für Deutschland verloren". Nicht nur, daß Adenauer den Begriff „Deutschland" damit allein für die Westzonen in Anspruch nahm, er ging noch weiter: „Es sei notwendig, die drei Teile des nicht russisch besetzten Gebietes ... in einem staatsrechtlichen Verhältnis zu belassen. Es könne das eventuell bundesstaatlich sein."

(K. Adenauer: Erinnerungen 1945–1955. Stuttgart 1965, S. 35)

SLUB
Wir führen Wissen.